



DIE SEEHEIMER  
in der **SPD**

# Die Seeheimer -

für eine sozialdemokratische Politik  
des Machbaren

Herausgegeben von  
Petra Ernstberger, Klaas Hübner und Johannes Kahrs

---

## **Sich auf dem Erreichten auszuruhen ist nicht unsere Sache.**

Wir wollen die Reformen unseres Sozialstaats fortführen, um ihn für kommende Generationen zu erhalten und handlungsfähig zu machen. Auch wenn die Presse von den Seeheimern gern als dem „rechten Flügel“ der SPD schreibt: Die Seeheimer sind alles andere als strukturkonservativ.

Vor 30 Jahren aus den „Kanalarbeitern“ hervorgegangen, setzen sich die mehr als 80 Bundestagsabgeordneten der Seeheimer für eine pragmatische, an den finanziellen Möglichkeiten des Sozialstaates orientierte sozialdemokratische Politik der Modernisierung ein. Auch wenn wir in Deutschland aufgrund der Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik und der Anstrengungen von Bürgern und Unternehmen derzeit wieder positiver in die Zukunft schauen, dürfen wir uns keine Illusionen machen. Soziale Gerechtigkeit darf nicht im Wesentlichen über die Höhe staatlicher Transferleistungen definiert werden. Hochwertige soziale Dienstleistungen wie eine gute und flächendeckende Kinderbetreuung und bessere Bildungschancen für Kinder aus sozial schwachen Familien sind mindestens genauso wichtig. Es sind die Elemente eines vorsorgenden Sozialstaates, der den Menschen hilft, auf eigenen Beinen zu stehen und sie nicht mit Transferzahlungen ruhig stellt. Die Globalisierung, die nach wie vor zu hoher Arbeitslosigkeit, eine älter werdende Gesellschaft und ein Schuldenstand von 1500 Mrd. Euro erfordern von uns weiterhin realistische politische Antworten. Gerade in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs haben wir die Pflicht, Reformen voranzutreiben, damit wir in Zeiten des Abschwungs genügend finanziellen Spielraum haben, um die negativen Folgen abzufedern. Es ist ein Kernanliegen der Sozialdemokratie, den Sozialstaat so umzubauen, dass er dauerhaft bestehen kann.

---

## Für Generationen- und Chancengerechtigkeit

Bereits seit Jahren fordern wir Seeheimer: Generationen- und Chancengerechtigkeit, Vorsorge, Fördern und Fordern sowie ein gesundes Maß an Eigenverantwortung. Der „vorsorgende Sozialstaat“, den wir in unserem neuen Grundsatzprogramm als Leitbild vertreten, gibt die Nachsorge keinesfalls auf. Er ergänzt sie vielmehr um Instrumente, die es den Menschen ermöglichen, wieder auf eigenen Beinen zu stehen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft müssen die sozialdemokratischen Prinzipien sein, nach denen wir unser Gemeinwesen organisieren. Nur so nehmen wir alle Menschen mit und schließen materielle und kulturelle Armut, die durch Langzeitarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit verursacht wird, aus. Nur so finden wir auch in Zukunft qualifizierte Arbeitnehmer für den Hochtechnologiestandort Deutschland. Und nur so sorgen wir dafür, dass das beeindruckende Comeback des Standorts Deutschland sich verfestigt.

## Sicherung des europäischen Sozialstaats-, Wirtschafts- und Demokratiemodells

Das deutsche und europäische Wirtschafts- und Sozialmodell steht nicht mehr nur im Wettbewerb mit den USA und Japan. Wir werden auch von solchen Staaten herausgefordert, in denen uns vertraute demokratische, soziale und ökologische Standards nicht eingehalten werden. Dies widerspricht unseren Interessen und bedroht langfristig unseren Wohlstand und unsere Werte.

Unser Anliegen ist, unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wirtschaftlich so erfolgreich zu sein, dass das europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auch in Zukunft positive Strahlkraft besitzt. Die Kombination von Leistungsbereitschaft, Fortschrittsorientierung und sozialem Zusammenhalt hat Zukunft und sichert ein funktionierendes Staatswesen für die Zukunft.

---

## Was heißt dies im Einzelnen für unsere Politik? Fortführung des Reformkurses – Fördern und Fordern

Von zentraler Bedeutung für uns Seeheimer ist das Fortführen des erfolgreichen Reformkurses, den wir Sozialdemokraten mit der Agenda 2010 unter Gerhard Schröder eingeleitet haben. Die heutigen Erfolge, insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik, belohnen uns für einen schmerzhaften Prozess, den wir in den vergangenen Jahren durchschritten haben. Diese Erfolge sind Ansporn, nicht nachzulassen im Bemühen, unseren Sozialstaat zukunftsfest zu machen. Die SPD darf gerade jetzt nicht der Versuchung erliegen mit der Linkspartei darum wettzueifern, Geldgeschenke zu verteilen und darüber die Zukunft unseres Landes zu vergessen. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ ist keine Zumutung für die Menschen, sondern Unterstützung und Hilfe. Niemand ist gerne vollständig von staatlichen Transferleistungen abhängig oder dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen auch wenn der erste Schritt, sich wieder ins Erwerbsleben zu integrieren, für viele Menschen nicht gerade einfach ist. Die sinkende Arbeitslosigkeit beweist jedoch, dass das Prinzip funktioniert. Die Menschen haben ein Recht auf Arbeit und sie haben ein Recht darauf, von den Erträgen ihrer Arbeit leben zu können. Daran knüpft auch das Leitbild des vorsorgenden Sozialstaats an, das in unserem neuen Parteiprogramm verankert wurde.

## Vorsorgender Sozialstaat

Wichtiger Bestandteil des auf dem Parteitag in Hamburg verabschiedeten Wahlprogramms ist das Konzept des vorsorgenden Sozialstaats. Hiermit erneuert die SPD das Versprechen von sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Aufstieg. Im Kern des vorsorgenden Sozialstaats steht das Ziel, Menschen zu befähigen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern. Wir machen dabei klar, dass wir jeden einzelnen Menschen mit seinen Talenten brauchen und ihn individuell fördern. Auf diese Weise ist der Einzelne besser als früher in der Lage, für sich selbst zu sorgen und damit ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Folglich begreift der vorsorgende Sozialstaat Bildung als zentrales Instrument der Sozialpolitik.

---

Wichtig ist für uns Seeheimer die Feststellung im neuen Grundsatzprogramm der SPD, „dass sich die Qualität des Sozialstaats nicht allein an der Höhe von Transferleistungen bemisst, sondern an der Gewährleistung tatsächlicher Lebenschancen, die allen von Anfang an immer aufs Neue offen stehen müssen“. Nicht reine Umverteilung, sondern die Schaffung von Chancengleichheit steht künftig im Zentrum. Denn je früher, individueller und wirksamer das Prinzip der Vorsorge praktiziert wird – siehe die Debatte um Unterschichten – desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern.

### Politik für die Leistungsträger

Deutschland hat bis in die siebziger Jahre einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg vollzogen. Leistungsbereitschaft, Bildungshunger und Aufstiegs willen sorgten dafür, dass diese Entwicklung sich über mehrere Jahrzehnte erstrecken konnte. Ab den siebziger Jahren bis in die neunziger Jahre hinein war dann jedoch eine Zeit der wirtschaftlichen Stagnation kennzeichnend. Die Ausgaben des Sozialstaates orientierten sich jedoch weiterhin an den hohen Wachstumsraten der damaligen Zeit.

Die Kosten der deutschen Einheit, der sich verschärfende internationale Wettbewerb, die immer noch viel zu hohe Langzeitarbeitslosigkeit und neuerdings die ungünstige demographische Entwicklung stellen eine große Herausforderung für die Zukunft unseres Landes dar. Auf die daraus resultierenden Kosten wurde, da die Politik lange nicht den Mut hatte, sich diesen Herausforderungen zu stellen, im Wesentlichen mit höherer Verschuldung und stetig steigenden Lohnnebenkosten reagiert, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv belasteten. Gerade die hart arbeitenden Leistungsträger unserer Gesellschaft, wie etwa Facharbeiter, Krankenschwestern, Angestellte oder Ingenieure, wurden durch die hohen Lohnnebenkosten und die sogenannte kalte Progression, also den schleichenden Anstieg der realen Steuerlast durch die Inflation, hart getroffen. Dadurch sanken trotz Lohn erhöhungen die Realeinkommen auf breiter Front. Dieser Kreislauf musste durchbrochen werden. Die alte Vorgehensweise, die Transferzahlungen zu

---

erhöhen, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern größere finanzielle Spielräume zu gewähren, hat vor allem steigende Sozialabgaben provoziert.

Die Reformen der Agenda 2010 mit dem Konzept des „Fördern und Fordern“ haben den Boden dafür bereitet, diese Entwicklung umzukehren. Die Steuer- und Abgabenbelastung wurde gesenkt und sollte für die Leistungsträger unserer Gesellschaft mittelfristig weiter sinken. So hat die große Koalition die Lohnnebenkosten in Deutschland wieder deutlich unter 40 Prozent gedrückt, was Arbeitnehmer und Arbeitgeber spürbar entlastet. Mittelfristig muss es unser Ziel sein, diese Rate weiter zu senken. Eine gesunde Kultur der Leistung, die uns die Herausforderungen der Globalisierung annehmen lässt, müssen wir von staatlicher Seite unterstützen. Die SPD muss weiter deutlich machen, dass sie die Partei des sozialen Aufstiegs ist.

### Bildung und Forschung

Bildung muss im Zentrum unserer Bemühungen stehen, wenn wir die Menschen wappnen wollen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um jedem die Chance auf Bildung zu ermöglichen, setzen wir uns für eine kostenlose Bildungslaufbahn aller Bürger ein. Dies schließt alle Stationen von Krippe, Kindergarten, Vorschule, Schule, Ausbildung und Erststudium ein. Der Staat muss sicherstellen, dass alle den gleichen Zugang zu Bildung haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Dies muss in frühen Jahren beginnen mit einer flächendeckenden Ausstattung an Krippen- und Kindergartenplätzen, um erstens berufstätigen Eltern die notwendige Unterstützung zu bieten, zweitens Kinder mit Migrationshintergrund schnell – auch sprachlich – in unsere Gesellschaft zu integrieren und drittens Kinder aus bildungsfernen Familien aus ihrem häuslichen Umfeld herauszuholen und frühzeitig positiv auf ihre Entwicklung Einfluss zu nehmen.

Konkret müssen Bund und Länder eine gemeinsame Anstrengung unternehmen, das gegliederte Schulsystem abzuschaffen. Die OECD kritisiert seit Jahren, dass das deutsche Schulsystem in seiner derzeitigen Form in höchstem Maße soziale Ungleichheit zementiert. Ist ein Bildungsweg, meist nach der vierten Klasse, einmal eingeschlagen, ist er schwer zu verändern.

---

Soziale Durchlässigkeit findet daher vorwiegend nach unten statt. Diese Situation wollen wir umkehren. Wir wollen ein Schulsystem, in dem alle Schülerinnen und Schüler gemäß ihrer Potenziale und Leistungsfähigkeit den bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche länger gemeinsam lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse. Wir wollen dies verbinden mit einer besseren individuellen Förderung und dem flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen.

Deutschlands Schulen und damit auch ihre Schüler müssen den Anspruch haben, zu den besten der Welt zu gehören! Die Kosten, um dies zu erreichen, müssen wir schultern, denn nur mit Investitionen in die Köpfe unserer Menschen kann Deutschland in der globalen Wissensgesellschaft Erfolg haben. Statt wie bisher nur 4,4% des BIP durch den Staat und 0,9% durch private Mittel für Bildung (hierzu zählen auch die Hochschulen) auszugeben, müssen wir diese Mittel auf insgesamt über 7% steigern, um zu den Besten aufzuschließen. Dieses Ziel sollten wir bis 2015 erreichen. An dieser Stelle sind insbesondere die Länder gefordert, in ihre Zukunft zu investieren.

Daran anknüpfend müssen wir dafür sorgen, dass Weiterbildung für alle Menschen in Deutschland zur Normalität wird. Im Bereich der Forschung müssen wir neben öffentlichen Mitteln auch zusätzliches privates Kapital mobilisieren. Die Wirtschaft ist hier dringend gefordert, denn sie weiß zuerst, welche neuen Technologien entstehen und auch welche Fertigkeiten ihre Beschäftigten zu ihrer Anwendung benötigen. Ziel muss es jetzt sein, bis zum Jahr 2010 Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen. Wenn wir unseren nachfolgenden Generationen trotz Konsolidierungsbemühungen einen großen Schuldenberg mit auf den Weg geben, müssen wir ihnen umso mehr exzellente Bildungschancen eröffnen und dafür sorgen, dass Deutschland wirtschaftlich gut aufgestellt ist.

Da sehr große Vermögen zu mobil sind, um bei der Erbschaftssteuer nennenswerte Beträge einzunehmen, ist denkbar, einen Anreiz zur Stiftungsgründung zu setzen, insbesondere für die Bereiche Forschung und Bildung, die die Zukunftsfähigkeit des Landes sichern. Gerade wenn wir das 3-Prozent-

---

Ziel in der Forschungsförderung bis 2010 erreichen wollen, könnten private Stiftungen einen wichtigen Beitrag liefern.

### Haushaltssanierung ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit

Daran anknüpfend besteht der größte Beitrag zur Generationengerechtigkeit jedoch in einem ausgeglichenen Haushalt, der in greifbare Nähe gerückt ist. Dies ist ein Verdienst der klugen Haushaltspolitik von Finanzminister Peer Steinbrück. Neue Ausgabenwünsche sind deshalb kritisch zu prüfen. Auch wenn diese gut gemeint sind: Anstatt jetzt die strukturellen Ausgaben wieder zu erhöhen, müssen wir auf allen politischen Ebenen, also neben dem Bund auch in Ländern und Kommunen, einen ausgeglichenen Etat verwirklichen. Anschließend müssen wir damit beginnen, Schulden abzubauen. Andernfalls rauben wir den nachfolgenden Generationen durch überbordende Zinszahlungen jegliche politischen Gestaltungsmöglichkeiten, denn der Staat wird dauerhaft handlungsunfähig. Eine Politik der Verschuldung ist unsolidarisch und unsozial und widerspricht sozialdemokratischen Grundwerten. Wir müssen jetzt handeln. Die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen beträgt mittlerweile über eineinhalb Billionen Euro. Dies bedeutet für jeden Bürger in Deutschland, vom Säugling bis zur alten Dame, mehr als 18.000 Euro Schulden.

### Familienpolitik und Steigerung der Frauenerwerbsquote

Unser bisheriger Ansatz, Eltern den Wunsch zu einem oder mehreren Kindern primär durch nicht zweckgebundene Geldzahlungen (Kindergeld) oder günstige steuerliche Regelungen (bessere Steuerklasse) zu erleichtern, ist offensichtlich gescheitert. Anders lässt sich die niedrige Geburtenrate allgemein - und in verschärftem Maß bei hoch qualifizierten Frauen - nicht deuten. Wenn wir mehr Kinder wollen, müssen wir stattdessen die Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung weiter verbessern. Dies bedeutet die Förderung direkter staatlicher Dienstleistungen in Form kostenloser Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen. Der Blick auf die Geburtenraten in Skandinavien und Frankreich zeigt, dass dieser Weg mehr Erfolg verspricht.

---

Die Bundesregierung hat die Verdreifachung der Kinderbetreuungsplätze beschlossen und unterstützt die Länder mit einem großen Anteil der dafür anfallenden Kosten. Dies stellt eine wichtige Etappe dar. Im Bereich der Ganztagschulen liegt noch ein weiter Weg vor uns. Wir Seeheimer werden auch in Zukunft darauf achten, dass öffentliche Gelder hier sinnvoll eingesetzt werden. Statt immer mehr Geld für direkte Geldleistungen oder Steuererleichterungen einzusetzen (z.B. Kindergeld, Ehegattensplitting), müssen wir als Staat für eine moderne Betreuungsinfrastruktur sorgen. Damit reagieren wir auch auf ein zweites Problem: Die nach wie vor zu niedrige Frauenerwerbsquote, die eng mit dem noch unzureichenden Betreuungsangebot zusammenhängt. Wollen wir gleiche berufliche Chancen für Frauen, müssen wir gegen ihre strukturelle Diskriminierung angehen.

### Qualifizierte Zuwanderung ermöglichen

Leider konnte mit der Union bisher keine Einigung darüber erzielt werden, ein modernes Zuwanderungsrecht zu schaffen, das auf den Empfehlungen der Süßmuth-Kommission von 2001 basiert. Stattdessen wurde im Jahr 2004 nur eine graduelle Veränderung erzielt, die zu wenigen Hochqualifizierten verbesserte Zuwanderungschancen ermöglicht. Denn nur wenn sich nach einer langwierigen Arbeitsmarktprüfung kein geeigneter Bewerber aus Deutschland findet, ist der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt möglich. Wir wollen das sehr gute Konzept der Süßmuth-Kommission wieder verfolgen, um den zu erwartenden dramatischen Fachkräftemangel und den Bevölkerungsrückgang in unserer älter werdenden Gesellschaft zu mildern.

Daher setzten wir uns dafür ein, die Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer künftig nach einem Punktesystem zu gestalten. Je höher der Bildungsstand, die Sprachkenntnisse und die allgemeine Integrationsfähigkeit, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine dauerhafte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Wir peilen eine jährliche Größenordnung von mindestens 20.000 Personen plus Ehepartner und Kindern an. Darüber hinaus soll Zuwanderung auf befristeter Basis für bis zu fünf Jahre ermöglicht werden, um kurzfristige Engpässe am Arbeitsmarkt zu überbrücken. Dem Spitzenpersonal in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung (Maßstab:

---

ab 80.000 € Gehalt) sollen deutlich erleichterte Zugangsregelungen und optimale Aufenthaltsbedingungen geboten werden. Zudem sollen Existenzgründer mit guten Geschäftsideen zuwandern können.

Bei freien Ausbildungskapazitäten sollen junge Ausländer für eine Ausbildung im dualen Ausbildungssystem angeworben werden können. Mehr Ausländer sollen als wichtiger Teil der Zuwanderungsstrategie für ein Studium gewonnen werden.

Ein solches Konzept wollen wir jedoch nur parallel zu einer Qualifizierungsoffensive für alle bereits in Deutschland lebenden Menschen angehen. Keineswegs dürfen Schulen und Universitäten, die Bundesagentur für Arbeit und insbesondere die Wirtschaft in ihrem Bemühen nachlassen, Menschen hervorragend auszubilden. Sie müssen ihren Verpflichtungen nachkommen.

### Die Chancen neuer Technologien nutzen

In den fünfziger und sechziger Jahren war die SPD im Gegensatz zu den Konservativen ein großer Befürworter technologischer Erneuerung. Dies entsprach ihrer Tradition als emanzipatorische, fortschrittsorientierte Kraft. Das Ziel bestand darin, moderne Technologien einzusetzen, um das Leben der Menschen angenehmer zu gestalten, den Wohlstand zu steigern und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Aus dieser Zeit stammte auch der sogenannte Leber-Plan (Georg Leber, Bundesverkehrsminister von 1966-1972), dass kein Deutscher mehr als 20 km von einer Autobahnauffahrt entfernt leben sollte.

In den siebziger Jahren rückte die Umweltzerstörung immer breiter in den Fokus der Öffentlichkeit. Die fortschreitende Industrialisierung hatte diesen Prozess wegen unzureichender Umweltauflagen und großem Ressourcenverbrauch verschärft. Die Zustimmung zur friedlichen Nutzung der Atomkraft schwand in dem Maße, wie die Friedensbewegung im Zuge der Nachrüstungsdebatte an Stärke gewann. Der Reaktorunfall von Tschernobyl bewirkte ein Übriges. So positiv man gegenüber neuen Technologien zunächst eingestellt war, so sehr schlug das Pendel ins Gegenteil um. Der größte Befürworter der Atomkraft, die SPD, wurde zu ihrem entschiedenen Gegner. Genereller

---

Fortschrittsskeptizismus setzte sich in der Gesellschaft und insbesondere in der SPD durch und bestimmte lange Zeit die öffentliche Debatte.

Aus dieser Übertreibung hat die SPD gelernt. Einerseits sind wir heute sensibler, was die Gefahren bestimmter Technologien angeht. Wir sehen aber wieder mehr die Chancen und Perspektiven, die moderne Technologien uns eröffnen. Wir benötigen sie dringend, etwa um im Wettlauf mit dem sich nach wie vor verschärfenden Klimawandel und dem fortschreitenden Ressourcenverbrauch nicht ins Hintertreffen zu geraten. Wir benötigen sie auch, um für zukünftig neun Milliarden Menschen genug Lebensmittel zu produzieren und deren medizinische Versorgung sicher zu stellen.

Die SPD muss dafür sorgen, dass Deutschland wieder auf breiter Linie zum Schrittmacher des technologischen Fortschritts wird, wie im rasant wachsenden Markt der Umwelttechnik, wo wir bereits weltweit führen. Wir müssen daher Universitäten, Einrichtungen der Grundlagen- und angewandten Forschung und forschungsintensiven Unternehmen die besten Bedingungen bieten und unsere finanziellen Mittel stärker auf diese Bereiche fokussieren.

### Keine Gegensätze: ökologische und klassische Industriepolitik

Schon heute haben die vielschichtigen Bereiche der ökologischen Industrie ein rapides Wachstum vorzuweisen. Deutschland ist bereits jetzt Exportweltmeister in Umweltschutzgütern. Die Prognos AG ermittelte in einer Expertenbefragung einen Umsatz von 1000 Milliarden Euro für das Jahr 2030 in Deutschland. In diesem Bereich steckt ein unglaubliches Zukunftspotential. Die Vereinigten Staaten sind die Lokomotive der Weltwirtschaft. Hiervon profitieren wir alle. Jetzt ist es an der Zeit, Deutschland zur Lokomotive der grünen Weltwirtschaft zu machen. Die ökologische Industriepolitik bietet hierfür vielschichtige Möglichkeiten und Konzepte.

Wir müssen in diesem Bereich jetzt handeln. Denn Deutschland hat in der Vergangenheit leider einige Zukunftsbranchen verschlafen. Für einen Wirtschaftszweig gilt dies jedoch ganz sicher nicht: Unser Land ist der weltgrößte Anbieter von Umweltschutztechnik. Dies ist zum einen der Innovationsstärke deutscher Unternehmen geschuldet. Den Anstoß hat jedoch die durch die rot-grüne Bundesregierung begonnene Politik gegeben, die etwa in Form des

---

Energieeinspeisungsgesetzes (EEG) wichtige Weichenstellungen vorgenommen hat, um einer boomenden Umweltindustrie in Deutschland zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen. Im Verbund mit der Forschungsförderung für Öko-Tech-Projekte muss die Politik auch in Zukunft auf dieses Zugpferd setzen. Wir müssen in diesem Zusammenhang jedoch genau prüfen, ob unsere Förderpraxis, die wir etwa mit dem EEG betreiben, noch dem ursprünglichen Zweck dient, einer Branche zum Durchbruch zu verhelfen. Zu hohe garantierte Subventionen können im Gegenteil mittelfristig zu erlahmender Innovationskraft führen.

Eine leistungsfähige deutsche Umweltindustrie kann in Zeiten von Klimawandel und Ressourcenausbeutung dafür stehen, dass die Ziele Wirtschaftswachstum und nachhaltiges Wirtschaften nicht im Gegensatz zueinander stehen. Denn „Green Tech“ made in Germany sorgt dafür, dass - etwa durch Effizienztechnologien und regenerative Energien - Emissionen und Raubbau an der Natur vermindert werden. In jedem Fall setzen wir ein wirkungsvolles Zeichen, dass wir technischen Fortschritt wollen. Wichtig ist uns dabei, hinsichtlich des von der Bundesregierung für die Energiepolitik formulierten Zieldreiecks von Energiesicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit den Bereich der Energiesicherheit als elementar zu betrachten. Denn ohne eine sichere Energieversorgung gefährden wir das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, die Industrie.

Und diese besteht nicht nur aus „Green Tech“. Mit immer neuen Auftragsrekorden selbst in Phasen der Abkühlung der internationalen Konjunktur dokumentiert sie derzeit eindrucksvoll, dass wir nicht einseitig auf die Dienstleistungswirtschaft setzen können. Hochwertige deutsche Industriegüter verkaufen sich hervorragend, weshalb Sozialdemokraten weiterhin für gute Rahmenbedingungen sorgen müssen. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch die Interessen besonders energieintensiver Branchen berücksichtigen, um deren Produktion in Deutschland nicht zu gefährden.

---

## Die Sprecher des Seeheimer Kreises

Die Abgeordneten Petra Ernstberger (Parlamentarische Geschäftsführerin), Klaas Hübner (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und Johannes Kahrs (Mitglied des Haushaltsausschusses) sind die Sprecher der Seeheimer.

### Petra Ernstberger

Die studierte Grundschulpädagogin Petra Ernstberger, Jahrgang 1955, trat im Jahr 1990 in die SPD ein und wurde bereits 1992 Vorsitzende ihres Kreisverbandes Hof/Wunsiedel. 1994 zog sie als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein. 2005 wurde sie dort zur Parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt. Zusätzlich ist sie Vorsitzende der Deutsch-Tschechischen Parlamentariergruppe und sitzt im Präsidium der Bayern-SPD. 2004 wurde sie neben Johannes Kahrs und Klaas Hübner zur Sprecherin der Seeheimer in der SPD Bundestagsfraktion gewählt. Die Schwerpunkte ihres Wirkens sieht Petra Ernstberger insbesondere darin, durch die Schärfung des inhaltlichen Profils der Seeheimer als Reformkraft die Attraktivität für Abgeordnete zu stärken.



### Klaas Hübner

Der selbständige Unternehmer Klaas Hübner, Jahrgang 1967, trat 1983 in die SPD ein. Er wurde Mitglied, weil bei den Sozialdemokraten – schon damals stärker als in anderen Parteien – um Positionen und Inhalte gestritten wurde, ohne jedoch den Sinn für die Realität zu verlieren. So wurde ein Politiker zu seinem Vorbild, der sich vor allem von der praktischen Vernunft leiten ließ: Helmut Schmidt.



Klaas Hübner wurde im Jahr 2002 in den Deutschen Bundestag gewählt. Zunächst war er Mitglied des Verteidigungsausschusses und später des Haushaltsausschusses. Seit März 2007 ist er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender zuständig für die Bereiche Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost und Petitionen.

Sozialdemokratische Politik heißt für ihn, die Menschen in die Lage zu versetzen, durch den Zugang zu Bildung und mit persönlicher Leistung ein eigenverantwortliches Leben führen zu können. Dass die SPD die Partei des sozialen Aufstiegs bleibt, ist Klaas Hübner besonders wichtig.

### Johannes Kahrs

Der Jurist Johannes Kahrs, geboren 1963, trat 1982 wegen Helmut Schmidts Politik in die SPD ein und übte bald darauf diverse Funktionen bei den Jusos (u.a. Juso-Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstands) sowie in der SPD (stellv. Kreiskassierer, seit 2002 Kreisvorsitzender Hamburg-Mitte) aus. 1991 wurde er Bezirksabgeordneter in Hamburg-Mitte, wo er seit 1994 auch Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses ist. Im Jahr 1998 zog Johannes Kahrs erstmalig in den Deutschen Bundestag ein und ist derzeit Mitglied des Haushaltsausschusses. Das Motto seiner Arbeit lautet „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“ Daher setzt er sich dafür ein, den Reform- und Gestaltungswillen der Seeheimer herauszustellen, die sich innerhalb der SPD für eine Politik der Erneuerung einsetzen, gleichzeitig jedoch sozialdemokratische Werte bewahren.



## Die Veranstaltungen des Seeheimer Kreises



### Der SEEHEIM Mittagstisch

Bereits zu Beginn der 70er Jahre traf sich eine Gruppe von Abgeordneten dienstags zum gemeinsamen Essen. Traditionsgemäß diente die Zusammenkunft der Vorbereitung der im Anschluss an das Essen stattfindenden SPD-Fraktionssitzung. An dieser guten Sitte halten die Seeheimer noch heute fest. In Sitzungswochen des Deutschen Bundestags findet der SEEHEIM Mittagstisch jeweils um 13.30 Uhr in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft statt. Neben zahlreichen Bundesministern haben wir zu diesen Treffen auch Gesprächspartner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zum Meinungsaustausch über aktuelle Ereignisse und Themen eingeladen. So durften die Seeheimer in jüngster Vergangenheit neben Vertretern von Partei und Regierung auch den damaligen israelischen Botschafter Shimon Stein, die Professoren Karl Kaiser, Bert Rürup, Paul Kirchhof, die Journalisten Tissy Bruns, Ulrich Deppendorf und Christoph Schwennicke, Monika Wulf-Mathies von der Deutschen Post AG, den Vorsitzenden des DGB, Michael Sommer, Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Universität Frankfurt (Oder) und Prof. Dr. Anke Hassel von der Hertie School of Governance begrüßen.

### Die SEEHEIM Tagungen

Traditionell laden die Seeheimer mehrfach im Jahr zu Tagungen und Expertengesprächen ein. In den letzten Jahren wurde u.a. diskutiert über die Themen „Reformen einleiten – Zukunft gewinnen“, „SPD - Brücke zwischen den Generationen“, „Zeitenwende – Politik für das 21. Jahrhundert: Neue Rahmenbedingungen für eine globale Welt“, „Terror in der Welt – Krieg auf dem Balkan: Die neue Rolle Deutschlands im Bündnis“, „Vom bürokratischen Sozialstaat zum sozialen Bürgerstaat“, „Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik: Ein Projekt mit Zukunft?“, „Deutschland 2010 – Mut zur Zukunft“ und zuletzt über „Steuer und Finanzpolitik im globalen Wettbewerb“. Gesprächspartner aus dem Bereich der Politik waren der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Fraktionsvorsitzende Peter Struck sowie u.a. die Bundesminister Sigmar Gabriel, Wolfgang Tiefensee, Ulla Schmidt und Peer Steinbrück. Aus dem Bereich der Wissenschaft diskutierten etwa die Professoren Stefan Hradil, Jürgen W. Falter, Hans-Georg Petersen, Roland Roth, Gerd Mutz, Catherine Kelleher, Karl Kaiser, Hans Peter Bull und Peter Bofinger. Darüber hinaus konnten namhafte Journalisten für Referate und Podiumsdiskussionen gewonnen werden, so z. B. Stephan-Andreas Casdorff, Karl Feldmeyer, Susanne Gaschke, Elisabeth Niejahr, und Gabor Steingart. Aus der Wirtschaft diskutierten wir mit dem CEO von Roland Berger, Burkhard Schwenker, Bart J. Groot, ehemaliger Chef von Dow Deutschland und Fred B. Irwin, Präsident der American Chamber of Commerce in Germany. Die Perspektive des Auslands haben u.a. Lorraine Millot von der französischen Tageszeitung Liberation und die ehemaligen Botschafter von Schweden und Großbritannien, Carl Tham und Sir Peter Torry geschildert.

### Die SEEHEIM Spargelfahrt

1961 lud Egon Franke zum ersten Mal zur Spargelfahrt. Im Laufe der Jahre hat diese Fahrt einen festen Platz im politischen Veranstaltungskalender eingenommen. Aus der einst im kleinen Kreise abgehaltenen Spargelfahrt ist ein alljährliches Großereignis der SPD-Bundestagsfraktion geworden.



Gerhard Schröder und Helmut Schmidt auf der Seeheim Spargelfahrt

Nach Angaben von Karl Ahrens reichten Mitte der 60er Jahre noch gut 20 kg Spargel aus, um die Gäste zu bewirten – heute werden mehr als 300 kg verzehrt. Seit dem Umzug des Bundestags an die Spree findet die Fahrt auf dem Berliner Wannensee statt. Der Organisator der Spargelfahrt, Johannes Kahrs, hält sich dabei an das Motto: „Dem Organisator der Spargelfahrt stets Mast- und Schotbruch und immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel“.

### Das SEEHEIM Gänseessen

Seit einigen Jahren lädt der Seeheimer Kreis zum Gänseessen ein. Jedes Jahr im Herbst treffen sich die Abgeordneten des Seeheimer Kreises im Berliner Umland bei Gans und Apfelrotkohl. In gemütlicher Runde lassen die Seeheimer die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion Revue passieren und stärken sich für kommende Aufgaben. Am Gänseessen nehmen stets prominente Gäste teil, etwa der Parteivorsitzende Kurt Beck und die Bundesminister Wolfgang Tiefensee, Frank-Walter Steinmeier, Ulla Schmidt und Peer Steinbrück.

Sie können das kostenlose SEEHEIM aktuell per Email an: seeheimer.kreis@bundestag.de oder per Fax an: 030-227 700 43 bestellen.